

Dr. Ursula Engelen-Kefer

Presseerklärung zum Ersten Mai 2010

(DGB, Dortmund)

Stopp dem Vernichtungsfeldzug der Finanzhaie - Sparen nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer!

„An diesem 1. Mai 2010 müssen wir als Arbeitnehmer und Gewerkschaften den internationalen Finanzspekulanten ein scharfes Stoppsignal setzen“, so Ursula Engelen-Kefer, ehemalige Stellvertretende Vorsitzende des DGB, in Dortmund. Die Menschen in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden; die hohen finanziellen Lasten der Finanzkrisen dürfen nicht auf ihrem Rücken abgeladen werden. „Ich befürchte sonst nicht nur erhebliche Gefahren für die Europäische Integration sondern für unsere Demokratie. Wir alle sind in der Verantwortung: Rechte Rattenfänger dürfen keine Einfallstore finden.“

Weltweite Finanzkrisen, Einbrüche in Wirtschaft und Beschäftigung, Milliarden Euro schwere Rettungsschirme der Staaten, massive öffentliche Verschuldung, Arbeitslosigkeit und Elend sind die Zeichen der Verwüstung, den die internationalen Finanzhaie in Deutschland, Europa und der Welt hinterlassen. Jetzt sind auch Mitgliedsländer der Europäischen zu ihren Spekulationsobjekten geworden.

Gefallen ist bereits Griechenland; Portugal und Spanien sind schon von den Finanzspekulanten angezählt. Das Krisenmanagement der Europäischen Union und der Bundesregierung hat bisher versagt. Die gravierenden Schwachstellen der Europäischen Finanz- und Wirtschaftspolitik in der gemeinsamen Währungsunion werden mit aller Härte deutlich.

Es sei höchste Zeit, die Entschlusskraft und Eile, mit der die hunderte von Milliarden Euro schweren Rettungspakete für den Finanzsektor durch die Parlamente gepeitscht wurden, auch einzusetzen, wenn es um die Begrenzung der verheerenden Spekulation geht. Dringend erforderlich ist -so Engelen-Kefer- die Beteiligung des privaten Finanzsektors an der Rettung Griechenlands. Es ist unerträglich, dass die Finanzspekulanten mit der Not der Menschen in überschuldeten Staaten Riesengewinne in ihre Taschen stecken und wir als Steuerzahler dafür gleich zweimal bezahlen: einmal für die Finanzinstitute, die sich verzockt haben und dann für die Rettung der Länder, die zur Zielscheibe für die Spekulations-Feldzüge geworden sind. Die Einführung einer Bankenabgabe in ausreichender Höhe sowie einer wirksamen Finanztransaktionssteuer sind das Mindeste, um die Verursacher der Finanzkrisen an deren Bewältigung zu beteiligen.

An die Adresse der Bundesregierung richtete Engelen-Kefer die Warnung: Die massive öffentliche Verschuldung darf nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer ausgetragen werden. „Bei der anhaltenden Krise muss uns angst und bange werden: Ob Griechenland, Steuer- und Gesundheitspolitik, Hartz IV, Afghanistan oder der Ausstieg vom Atomausstieg, CDU, CSU und FDP streiten wie die Kesselflicker, als ob Deutschland eine Bananenrepublik wäre.“

Die Steuersenkungspläne der FDP sind unverantwortlich: Reichen die dubiosen Steuergeschenke an die Hoteliers -als Morgengabe für die großzügigen Wahlkampfspenden- immer noch nicht aus? Müssen die Arbeitnehmer noch mehr für Steuergeschenke an die Reichen bluten - durch Schließung

von öffentlichen Einrichtungen, Anhebung der Gebühren, und demnächst auch Streichung der Steuerfreiheit von Sonntags-, Nacht- und Feiertagszuschlägen? Erforderlich ist vielmehr eine höhere Belastung der hohen Einkommen, Gewinne, Vermögen, Erbschaften und Kapitalerträge. Engelen-Kefer richtete den dringenden Appell an die Bundesregierung, die Hände von der Kopfpauschale und damit der Zerstörung der solidarischen gesetzlichen Krankenversicherung zu nehmen sowie endlich die Widerstände gegen einen ausreichenden tariflichen und gesetzlichen Mindestlohn aufzugeben.